

Malmédy
St. Vith'scher Volks-Blatt
Grenz-Blatt
Gegründet 1866

Erscheint Mittwochs und Samstags.

Bezugspreis durch die Post oder in der Expedition abgeholt das Vierteljahr 8 Fr., das ganze Jahr 26 Fr. Ausland: jährlich 32,00 Fr. ausschließlich Porto.

Postfach-Konto: Brüssel 108 201; Köln 833 78

Ehemals: Kreisblatt für den Kreis Malmédy

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile (15 mm breit) 50 Cts., für Inserenten außerhalb der Kantone St. Vith u. Malmédy die Petitzeile 60 Cts., Ankündigungen 1,50 Fr., Ausland-Anzeigen 60 Cts. die Zeile. Bei größeren Abzählungen Rabatt. Grundschrift Garmond. Redaktion, Druck und Verlag von Hermann Döckgen, St. Vith (Eifel).

Nr. 65

64. Jahrgang

Mittwochs-Ausgabe

St. Vith, 14. August 1929

Annexionismus

Ein Blatt aus der Geschichte der belgisch-holländischen Beziehungen

Man weiß, daß die Beziehungen zwischen Belgien und seinem Nachbarn im Norden seit dem Kriege mehr oder weniger gespannt sind. Diese Beziehungen sind getrübt durch die Scheldefrage und die Dinge, die mit dieser Frage zusammenhängen. Die Vorgeschichte dieser Frage dürfte dem aufmerksamen Zeitungsleser bekannt sein. Nach langen Verhandlungen wurde im Jahre 1927 zwischen den beiden Regierungen ein Vertrag unterzeichnet, den die zweite niederländische Kammer annahm, von der ersten Kammer aber verworfen wurde. Beide Regierungen haben daraufhin versucht eine neue einigende Formel zu finden, jedoch vergeblich. Heute befindet sich die Angelegenheit auf einem toten Geleise. Belgien will die Frage vor den Völkerbund bringen, die Niederlande ziehen dagegen die Erledigung durch das Haager Schiedsgericht vor. Die Möglichkeit der Einigung liegt jedenfalls noch in weiter Ferne.

Was die Lösung der Frage sehr erschwert, ist das Mißtrauen, welches in weiten holländischen Kreisen gegenüber Belgien besteht. Dieses Mißtrauen hat seinen Grund in verschiedenen Vorfällen, in der von gewisser belgischer Seite noch bis vor zwei Jahren in holländisch Limburg betriebenen probelgischen Propaganda (in letzter Zeit ist von einer derartigen Propaganda nichts bekannt geworden), in den Äußerungen gewisser belgischer Zeitungen, namentlich aber in den Annexionsgelüsten, die Belgien nach dem Kriege im Jahre 1919 gegenüber den Niederlanden an den Tag gelegt hat. Darüber hat der Universitätsprofessor Van de Lande, Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten, in einem Vortrage, den er am 10. Juni in Brüssel auf Einladung der Herren Staatsminister Pouillet, Van de Wijvere und Senator P. Rütten in Brüssel gehalten hat, gesprochen. Der Senator Pater Rütten, der kurze Zeit vorher im Haag über den gleichen Gegenstand gesprochen hatte, hatte seinerseits behauptet, daß es sich bei diesen Annexionsbestrebungen lediglich um Gelüste einiger weniger belgischer Nationalisten gehandelt habe, daß aber keine politische Persönlichkeit von Ruf darin verwickelt gewesen sei.

Herr Van de Lande konnte das Gegenteil beweisen. In der Tat hat Herr Paul Hymans, damals wie heute belgischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten, am 11. Februar 1919 vor den Vertretern der 5 großen Mächte (Frankreich, England, Italien, Amerika, Japan) in Paris die belgischen territorialen Wünsche vorgetragen. Er verlangte mit dürren Worten, soweit Holland in Frage kam, die belgische Oberhoheit über die Westerschelde, den Kanal und den Hafen von Terneuzen und die Abtretung von Südlimburg. Letztere Forderung wurde nicht ausdrücklich in klaren Worten gestellt, nur wurde in dem Exposé immer wieder betont, daß Limburg Belgien genommen worden sei. Für seine Gebietsverluste sollte dann

Holland durch deutsches Gebiet entschädigt werden. Am 12. Februar setzte der Oberste Rat einen besonderen Ausschuss zur Prüfung der belgischen Forderungen ein, dessen Vorsitz Herr André Tardieu, heute französischer Minister des Innern, übernahm.

Am 16. April 1919 verteidigte Herr Tardieu in Gegenwart des Herrn Hymans vor dem Obersten Rat die für Belgien günstigen Beschlüsse des Ausschusses. Die Bemerkungen waren allerdings vergeblich. Lloyd George und Wilson waren Gegner der belgischen Forderungen. Sie wollten von einer Abtretung niederländischen Gebiets an Belgien nichts wissen.

Am 19. und 20. Mai 1919 versammelten sich die Minister des Äußern der fünf großen Mächte in Anwesenheit des belgischen und niederländischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Trotz der Ablehnung durch den Obersten Rat wiederholte Herr Hymans die belgischen territorialen Forderungen, die u. a. auf die Abtretung Südlimburgs hingingen. Die niederländische Regierung stellte daraufhin ihrerseits für die Fortsetzung der Verhandlungen als *conditio sine qua non* die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo.

Am selben Tage, dem 20. Mai übermittelte das belgische Ministerium des Äußern dem belgischen Hauptquartier als Zentralfeld des Nachrichtendienstes die folgende geheime Note:

„Die belgische Politik in Maastricht und in dem verlorenen Limbourg darf nichts vernachlässigen, um den deutschen Einfluß zu bekämpfen und eine Annäherung an Belgien zu erleichtern. Alles, was die herzlichen Beziehungen zwischen Belgien und Limburg, zwischen Limburgern und Belgiern fördert, muß ermutigt werden, ebenso die Reisen von Limburgern nach Belgien, die Entwicklung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Limburg und Belgien, die Verbreitung belgischer Zeitungen und belgischer Ideen.“

In diesem Augenblick muß jeder belgische Agent in Limburg nach Möglichkeit seiner Kräfte mitwirken, um die Rückkehr dieser Provinz an das Mutterland vorzubereiten, er darf keine Gelegenheit veräumen um den Limburgern zu zeigen, daß ihr Interesse auf der Seite Belgiens ist; er muß die Limburger ermuntern, die sich als unsere Anhänger zeigen, diejenigen, die es im geheimen sind, diejenigen, die es werden könnten.

Sie sollen die schnellere Hilfe erkennen lassen, die sie jenen gewähren, den Unterschied, den sie zwischen Limburgern und Holländern machen. Sie sollen bei jeder Gelegenheit ihre Dankbarkeit den Limburgern bezeugen, für die Wohltaten, die sie den belgischen Flüchtlingen erwiesen haben.

Die verschiedenen belgischen Dienste und im allgemeinen alle Belgier, die sich in Limburg aufhalten, müssen in dem gleichen Sinne arbeiten in gegenseitigem Vertrauen und in gegenseitiger Verbindung, ohne sich gegenseitig zu verdächtigen oder zu kritisieren, was un-

ferm Ansehen und unserer Tätigkeit nur schaden könnte.

Die belgischen Nachrichtendienste sollen sich bemühen, festzustellen, welche Zwangsmittel man anwendet, um an die antibelgischen Gefühle der Limburger glauben zu machen und welches System der Propaganda verwendet wird, um den Limburgern diese Gefühle beizubringen.

Es ist erforderlich, daß sich in diesem Augenblick die Belgier in Limburg sehr optisch zeigen hinsichtlich des Ausgangs der mit Holland schwebenden Verhandlungen über die Revision der Verträge von 1839 u. Sie sollen zeigen, daß wir der Unterstützung der Entente sicher sind.

Selbstverständlich ist großer Eifer erforderlich und muß das belgische Regime geachtet werden. Sie sollen möglichst keine direkte Propaganda betreiben, sondern sie durch Limburger betreiben lassen; sie sollen zu verstehen geben, daß Limburg, wenn es wieder belgisch wird, nicht mit einer andern Provinz vereinigt werden wird, daß man nicht die französische Sprache einführen wird, daß der katholische Glaube genau so geschützt sein wird, wie unter dem holländischen Regime. Der Antifederalismus ist in jenen Gebieten nicht Mode. Im Gegenteil.“

Die niederländische Regierung erhielt von diesen vertraulichen Weisungen Kenntnis und beauftragte ihren Geschäftsträger in Brüssel im Auswärtigen Amt Vorfstellungen zu erheben. Herr Hymans antwortete am 20. August 1919 mit einer Note, in welcher er darauf hinwies, daß die Geheimnote an das belgische Hauptquartier nicht vom 3. Juli datiert sei, wie holländische Zeitungen behauptet hatten, sondern vom 20. Mai. Die Befürchtungen der niederländischen Regierung seien deshalb wohl überflüssig und der schlechte Eindruck, den die geheimen Weisungen hervorgerufen hätten, als zerstreut zu betrachten. Auf diese Note antwortete die niederländische Regierung am 4. September. In der Antwort heißt es u. a.:

„Die Regierung der Königin beauftragt mich, Euer Excellenz von dem außerordentlich peinlichen Gefühl Kenntnis zu geben, welches sie empfinden hat, als sie von diesem authentischen Dokument (die obige Geheimnote) Kenntnis nahm, ein authentisches Dokument, welches zeigt, daß die belgische Regierung geglaubt hat, sich in holländisch Limburg eine Propaganda gestalten zu dürfen zu dem Zwecke, diese Provinz von den Niederlanden zu trennen und ihre Annexion an Belgien vorzubereiten.“

In Anbetracht der Freundschaft und des guten Einvernehmens, welche zwischen unsern beiden Ländern herrschen, hat die Regierung der Königin es nicht für möglich gehalten, daß sich die belgische Regierung dazu hergegeben haben würde, im Geheimen eine Politik zu verfolgen, die in ihrer Natur und ihrem Wesen unvereinbar ist mit den bezeichneten Gefühlen.

Die Art, in der Euer Excellenz die Entrüstung betrachtet, welche die Veröffentlichung der wesentlichen

Das Friedenswerk der Kirche in den letzten drei Jahrhunderten. 1598—1917.

Zeitgemäße Gedanken zu dem Buch von Josef Müller.

Die Weltgeschichte, wie sie uns allen auf den Schulen höherer und niederer Art gelehrt wurde, war bisher eine Geschichte der Kriege. Kriege galten als die großen, die Menschheit bewegenden Ereignisse, hier schien sich Heldentum, Opfermut, Tapferkeit, Vaterlandsliebe in höchster Entfaltung zu zeigen, hier schien die Schicksalsuhr der Weltgeschichte zu schlagen, Kriege mit ihren Siegen oder Niederlagen waren die großen entscheidenden Ereignisse im Leben der Völker. In dem ganzen politischen Denken der europäischen Völker, wie es sich seit der Renaissance, besonders seit Machiavelli, entwickelt hat, standen Krieg und Frieden gleichwertig nebeneinander, beide nur Mittel der einen, dem Wohl des völlig souveränen, niemand verantwortlichen Staates dienenden Politik. Wie der Krieg die Fortsetzung der friedlichen Diplomatie mit anderen Mitteln war, so war der Friede nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit friedlichen Mitteln. Die Moral, das Naturrecht, wie auch das göttliche Recht der Offenbarung hatten in der Sphäre des Politischen nichts zu suchen, ausschlaggebend war nur das nackte egoistische Interesse des einzelnen Staates ohne Rücksicht auf eine Völkergemeinschaft, die man nach dem Ausgang des Mittelalters unter dem Einfluß der Lehren der Reformation und Renaissance nicht mehr kennen wollte.

Die schmerzlichen Erfahrungen des Weltkrieges haben diese Kreise der Menschheit, nicht bloß der gläubigen, in dieser Auffassung irre werden lassen. Unter den Erschütterungen eines wahrhaftigen Menschenschlächters erwachte wieder die Idee, daß es über den angeblich allmächtigen souveränen Staaten eine höhere Ordnung gäbe, daß diese höhere Ordnung gegenüber Krieg und Frieden nicht sich gleichgültig verhalten könne und daß der Krieg nicht eine Fortsetzung der Diplomatie darstelle, sondern im Gegenteil das völlige Versagen derselben. Es war ein amerikanischer Diplomat, David Jayne Hill,

der in einem groß angelegten dreibändigen Werk „über die Geschichte der europäischen Diplomatie“ nachwies, daß die Hauptaufgabe der Diplomatie nicht darin bestehen könne, daß Krieg geführt würde, sondern daß Krieg durch Verhandlungen vermieden würde. Aus diesen Ideen heraus entstand ja die Idee des Völkerbundes, entstanden der internationale Gerichtshof im Haag, wurden zahlreiche Schiedsgerichtsverträge geschlossen, bis zum Kelloggpaß, der wohl der umfassendste Versuch ist, den Krieg unmöglich zu machen.

Es ist ganz natürlich, daß das Interesse des Historikers sich auch früheren Versuchen, die ähnliche Bestrebungen zum Ziele hatten, zuwendet, daß die Wissenschaft und die Geschichte des Völkerrechts einen neuen Aufschwung erlebt.

In dieser Hinsicht gewinnt auch das im vorigen Jahre in der Deutschen Verlagsanstalt für Politik erschienene Werk Joseph Müllers, Ueber das Friedenswerk der Kirche, eine große Bedeutung gerade für unsere an diesen Problemen lebhaft interessierende Zeit. Wir erleben aus ihm, daß der Gedanke sowohl der Schiedsgerichtsbarkeit wie der Friedensvermittlung nicht etwa ein Kind des 19. und 20. Jahrhunderts ist, sondern, daß schon Jahrhunderte vorher diese Frieden stiftende Tätigkeit vom hl. Stuhle ausgeht ist, ja daß der hl. Stuhl die erste ständige Vermittlungsinstitution der Völker ist, welche die Weltgeschichte kennt.

Der Verfasser hat seine sehr umfassende und sehr fleißige Arbeit dem König von Spanien gewidmet. Er wollte damit ein doppeltes, erstens die Nation ehren, die während des Weltkrieges gleich dem hl. Stuhle eine vorbildliche Neutralität eingenommen hatte, zweitens galt seine Widmung aber auch der Nation, die in zwei großen Vertretern, Vitoria und Suarez, das moderne Völkerrecht noch vor Hugo Grotius, der in der landläufigen Meinung als der Vater des Völkerrechtes gilt, begründet hat. Gewiß ist der Gedanke eines Rechtes, das über den Völkern steht, schon uralte, er ist gewissermaßen mit dem Denken der Menschheit von Anfang an verbunden. Wir finden ihn schon bei den Juden, den Griechen und Römern vertreten,

noch mehr bei Augustin und den andern Kirchenvätern. Das Verdienst Vitorias besteht darin, ihn wissenschaftlich begründet und von allen Einschränkungen frei auf das Naturrecht gestützt zu haben. Er zeigt sich darin als würdiger Sohn eines Volkes, das immer den großen Blick für universale Ideen gehabt hat, dessen Geschichte ein wahres Epos des Glaubens und der Tapferkeit ist, das aber trotz vieler Heldentaten nie den Sinn verloren hat für die Wohltaten des Friedens und die Erhabenheit des Rechtes, und dessen Siege immer im Dienste einer höheren Idee standen. Vitoria, dem der Verfasser eine glänzende Einleitung widmet, geht aus von der gegenseitigen Abhängigkeit der Völker von einander, ohne die es kein Völkerrecht gibt. Zwei Grundzüge ziehen sich durch seine Schriften hindurch, der Kampf gegen das sogenannte Prinzip der „vollendeten Tatsachen“, dem gegenüber er immer wieder betont, daß nur auf der Grundlage des Rechtes ein wahrer Frieden möglich ist und zweitens die Warnung vor leichtfertigen Kriegen. Diese können um so besser vermieden werden, je mehr es unabhängige vollkommen neutrale Vermittlungsinstanzen gibt. Als solche haben sich während des Weltkrieges Spanien und der hl. Stuhl erwiesen. Es war ein schwerer Fehler des Völkerbundes bei seiner Gründung, daß er den neutralen Mächten nur einen geduldeten Platz zwies, daß er alle entscheidenden Stellen in die Hände der siegreichen Großmächte gab, die fast überall in allen Fällen Partei waren. Mit dem Locarnovertrag hat eine Wende eingeleitet. Das Haager Schiedsgericht kommt wieder zu Ehren, man schafft wieder Kommissionen, in denen neutrale Mächte den Vorsitz führen. Wie gegensätzlich für den Weltfrieden die hervorragendste neutrale Macht wirken kann und gewirkt hat, das zu zeigen ist das Verdienst des Müllerschen Buches.

An seiner Hand sehen wir, daß es in dem behandelten Zeitraum zwei große Epochen päpstlicher Vermittlung gibt, die erste reicht von 1598 bis zum Rixwider Frieden 1697. Das Papsttum hat sich aus den Wirren der Reformation und Renaissance neu gekräftigt, durch die Ge-

Sabry Profalind

Copyright by Carl Duncker, Berlin. 8. Fortsetzung

(Nachdruck verboten.)

